

Bilaterale Verträge - "Point of no return"

Jeder Schweizer glaubt, er könne am 21. Mai das stimmen, was er will.

In Wirklichkeit ist das ganz anders, weil der Grossteil der Medien, die Parteien, alle massgebenden Stellen in Politik, Wirtschaft und den zuständigen Behörden, mit dem Bundesrat an der Spitze, beschlossen haben, das Volk müsse Ja zu den bilateralen Verträge sagen. Dazu wird ein überdimensionierter publizistischer Aufwand getrieben, bei dem es weniger um eine möglichst vollständige, objektive Information über die Vor- und Nachteile der bilateralen Verträge geht, als vor allem darum, dem Volk einzuhämmern, die Verträge seien gut und von grosser Bedeutung für die Zukunft des Landes.

Undemokratischer Druck auf das Stimmvolk

Systematisch wird jeder einzelne Stimmbürger massiv unter Druck gesetzt - wenn er Nein sage, dann sei er, so sagte Bundesrat Couchepin anlässlich eines Pressegesprächs in Basel, nicht nur ein **schlechter Patriot**, sondern auch Schuld daran, wenn die Schweiz endgültig ins **Abseits** gerät. In diesem Zusammenhang wird besonders seit dem Nein zum EWR im Jahre 1992 die These vertreten, mit der Zeit würde die Schweiz zu einem isolierten, wirtschaftlich dahinsiechenden, sozial und kulturell rückständigen Land werden.

In Wirklichkeit ist davon wenig zu sehen. Nach wie vor, und vielleicht gerade weil das Land nicht Mitglied der EU ist, geht es ihm nicht nur wirtschaftlich, politisch und sozial besser als allen anderen EU-Ländern, sondern auch weltweit wird die Schweiz erneut wegen ihrer Neutralität und Unabhängigkeit nicht nur von Tausenden in Not geratener Menschen als letzter Zufluchtsort gesucht, sondern Staatsleute und Wirtschaftsführer haben Zutrauen in die Schweiz als ein für sie sicherer Treffpunkt (das kürzliche Clinton - Assad Treffen in Genf oder das jährliche Davoser-Seminar führender Persönlichkeiten).

Bewusste Irreführung

Von den massgebenden Entscheidungsträgern des Landes wird bewusst der **Irrtum** aufrechterhalten, das **Ja** zu den **bilateralen Verträgen** bedeute noch keineswegs ein **Ja** zum **Beitritt zur Europäischen Union (EU)**; es gäbe danach noch viel Zeit, Jahre, wenn nicht gar ein Jahrzehnt, den endgültigen Entscheid zu treffen. Bis dahin werde sich die EU so in Richtung eines demokratischen, nach aussen offenen Gebildes gewandelt haben, dass ein Beitritt auch für die Schweiz zumutbar sein könnte. Deshalb ist wohl sogar Nationalrat **Blocher** bereit, auch noch diese Kröte (die bilateralen Verträge) zu schlucken.

In Wirklichkeit entwickelt sich die EU immer mehr zu einem in sich **geschlossenen Block**, der wegen den neuen Mitgliedskandidaten in verschiedene Kreise aufgeteilt werden soll mit einem kleinen, alles entscheidenden Kern, der letztlich aus einem (Deutschland) oder zusätzlich drei bis vier der grossen Mitgliedstaaten (Frankreich, Grossbritannien Italien oder Spanien) bestehen dürfte. Die anderen Mitglieder würden sich in näheren oder weiteren Kreisen um diesen Kern satellisieren.

Ziel ist ein innerer **straffer und disziplinierter Zusammenhalt**, der den kleinsten Fehltritt rasch, wie zum Beispiel bei Oesterreich, zu ahnden vermag. Nach aussen ist das Ziel eine entscheidende **Weltmacht**, gestützt auf wirtschaftliche, finanzielle und militärische Macht zu werden, und volle Sicherheit bei sich zu Hause (von vielen die Festung Europa genannt) zu garantieren. Also eine Entwicklung, die keineswegs in Richtung eines demokratisch aufgebauten Bundesstaats geht, sondern eher auf der Linie eines Einheitsstaats zu liegen scheint.

Beschleunigung einer Annäherung an die EU

Im Gegensatz zu denjenigen, die bei einem Ja am 21.Mai eine längere **Denkpause** einschalten möchten ist Bundesrat **Couchepin** da ganz anderer Ansicht: man müsse sofort mit

einer **zweiten Serie von bilateralen Verträgen** nachdoppeln und das **strategische Ziel des EU-Beitritts** nicht aus den Augen verlieren. Auf gut deutsch heisst das entweder gleich die Beitrittsverhandlungen reaktivieren oder eine **zweite** oder gar **dritte Serie von bilateralen Verträgen** in Angriff nehmen.

Gegenstände solcher Verhandlungen werden zweifellos Themen sein, an welchen die EU mehr als die Schweiz interessiert ist: zum Beispiel eine Steuerharmonisierung, einschliesslich einer Erhöhung der schweizerischen Mehrwertsteuer auf 15%, gemäss dem bereits in den ursprünglichen Verträgen der Union verankerten Prinzip "gleicher Wettbewerbsbedingungen", Uebernahme des EURO, Anpassung an die Bestimmungen des Vertrags von Amsterdam über eine gemeinsame Aussen- und Sicherheits- sage -Militärpolitik der Gemeinschaft, vollständige Abschaffung der Ursprungsregelung des Freihandelsabkommens der Efta mit der EU aus dem Jahre 1972 und vieles andere mehr.

Die von schweizerischen Wirtschaftsführern bereits an den vorliegenden Verträgen so viel gerühmten Erleichterungen inbezug auf die Dokumente und Formalitäten für den Export nach der EU haben zur Folge, dass diese Kontrollen natürlich auch für die Exporte von der EU nach der Schweiz abgebaut würden. Da die Schweiz wesentlich mehr von der EU importiert als umgekehrt würde schon allein dies einen Nachteil bedeuten. Auf jeden Fall würde damit die Schweiz weit geöffnet werden nicht nur für die EU, sondern auch für Produkte und Dienstleistungen aus Drittländern, die wegen den vollständig ungenügenden Kontrollen an der gemeinsamen, bekannterweise stark durchlöcherten EU-Zollmauer aus Drittstaaten schwarz in den EU- Raum gelangen und von da bereits nach dem Ja am 21. Mai ungehindert nach der Schweiz weiterwandern könnten. Das gleiche wird auch inbezug auf die Personen-Freizügigkeit passieren, indem sich Massen von Flüchtlingen, aber auch Kriminelle noch viel leichter in die Schweiz einschmuggeln und als Schwarzarbeiter zu Dumpinglöhnen oder zu sonstigen Umtrieben noch

weniger als heute kontrolliert werden könnten. Das ist nämlich der wahre Grund, warum die EU das Dubliner - Abkommen, wonach das Erstasyl - Land verpflichtet ist Flüchtlinge, die weitergewandert (zum Beispiel in die Schweiz) sind, zurückzunehmen, nicht der Schweiz gewähren will.

Viele Anzeichen deuten darauf hin, dass die **Vorbereitung** zu solchen zusätzlichen Verhandlungen, ob Beitritt oder neue Serien von bilateralen Verträgen, schon im Gange sind. Vorläufig werden sie noch vertraulich behandelt, aber stimmt das Volk am 21. Mai Ja, wie das Bundesrat Couchepin erwartet, dann wird die grosse Ueberraschung einer weitergehenden, bereits ins kleinste Detail vorbereiteten Integration in die EU offen an den Tag gelegt werden. Oder wie andeutungsweise gesagt wurde, man müsse alles so vorbereiten, dass alsdann mit der definitiven Annäherung an die EU keine Zeit mehr verloren gehe.

Ueberwucherung mit EU-Recht

Bereits heute ist die Schweiz über die sogenannte **Swisslex** (autonome Uebernahme von EU-Recht in Verletzung des Volksentscheids von 6. Dezember 1992 und ohne zusätzliche Vorlage dem Stimmvolk) gewissermassen **auf kaltem Wege in die EU integriert** worden. Mit der zusätzlichen Uebernahme von EU-Recht durch die bilateralen Verträge und die üblicherweise damit verbundenen zahlreichen Ausführungsbestimmungen dürfte das in der Schweiz geltende Gemeinschaftsrecht gut über 50% des für einen Beitritt, insbesondere eine volle Beteiligung am grossen Markt massgebenden materiellen EU-Rechts (also ohne die meisten administrativen und organisatorischen Normen) erreichen.

Damit wäre der **"Point of no return"** erreicht und die **Schweiz** mit oder ohne einen formellen Beitritt **in die EU integriert**. Sie wäre faktisch nicht mehr in ihren **Entscheidungen unabhängig**, auch zum grossen Teil Drittländern gegenüber. Jedes Mal wenn sie etwas konkre-

tes entscheiden möchte, wäre sie daran durch das Gestrüpp der sie umringenden in die tausenden gehenden und äusserst komplizierten EU-Rechtsnormen und durch die damit verbundenen praktischen Konsequenzen behindert.

Ja, unsere obersten Behörden haben Recht, wenn sie uns sagen, die bilateralen Verträge seien weniger wegen ihrem materiellen Inhalt (dessen Bilanz ohnehin bei näherem Zusehen eindeutig zum Nachteil der Schweiz ausfällt), sondern vor allem wegen ihrem **symbolischen Charakter** eines **wichtigen Schritts der Annäherung an die EU** von Bedeutung; oder wie das kürzlich Bundesrat Leuenberger formulierte, sei die Zustimmung zu den bilateralen Verträgen vornehmlich eine Sache des Herzens unseren Nachbarstaaten gegenüber. Wie eine solche Einstellung von den EU-Staaten gewürdigt wird, darüber könnten dann wohl die Oesterreicher am besten Auskunft geben...

Warnung vor diesem so hochgejubelten Schritt

Dieser von den massgeblichen Kreisen des Landes hochgejubelte Schritt in Richtung eines Beitritts zur EU, denn um das geht es in Wirklichkeit am 21.Mai, wird sich sehr rasch für die **Unabhängigkeit** des Landes noch viel **katastrophaler** auswirken, als die **materiellen Nachteile** der Verträge selber, bestehend aus:

einer unkontrollierbaren Lawine von Lastwagen, die damit verbundenen Kosten und Subventionen für die Verlegung der Strassentransporte aus ganz Europa (nach dem Brand im Montblanc-Tunnel noch weit mehr als zuvor) auf die Schiene, der Zustrom ausländischer Arbeitnehmer und mit ihnen auch das Diktat ausländischer Gewerkschaften, Dumpinglöhnen und soziale Unruhen und ins grenzenlose wachsende soziale Leistungen, Ueberflutung mit Waren und Dienstleistungen aus der ganzen Welt, Finanzierung der Forschung und Weggabe des doch weltweit bekannten schweizerischen wissenschaftlichen "Know-How", usw.usf.

Im Gegensatz zu Bundesrat Couchepin ist jeder Schweizer,

der Nein zum **”Point of no return”** sagt und deshalb **am 21. Mai Nein** stimmt nicht nur **kein schlechter Patriot**, sondern ein **kluger und mutiger Patriot**, weil er zur Annäherung an diesen von den Grossen dominierten hegemoniesüchtigen Block der EU Nein zu sagen wagt.